

# Beschlussvorlage



Landeshauptstadt  
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0516/2010
Amt/Aktenzeichen Dezernat IV/51 03 00	Datum 25.03.2010	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum
Arbeitsgruppe Kindertagesbetreuung des Jugendhilfeausschusses	Kenntnisnahme	13.04.2010
Jugendhilfeausschuss	Kenntnisnahme	21.04.2010
Stadtrat	Entscheidung	05.05.2010

**Betreff:**

Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 0216/2009 der Stadtratsfraktion der CDU;  
hier: (Über-)Betriebliche Kinderbetreuung in Mainzer Unternehmen - Die Stadt als  
Partner der Wirtschaft  
und  
zu Antrag Nr. 63/2004 der Stadtratsfraktion der SPD  
hier: Familienfreundliche Unternehmenskultur fördern

Dem Oberbürgermeister vorzulegen.

Mainz, 26.03.2010

gez. Merkator

Kurt Merkator  
Beigeordneter

Mainz, 29.03.2010

gez. Beutel

Jens Beutel  
Oberbürgermeister

**Beschlussvorschlag:**

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen und die Anträge als erledigt erklärt.

## Sachverhalt

Die Verwaltung steht seit vielen Jahren den Mainzer Unternehmen bei Fragen der Kinderbetreuung zur Verfügung und steht dabei im engen Kontakt zu den Kammern. Je nach Größe des Unternehmens haben sich unterschiedliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten umsetzen lassen, z.B. durch

- die Einrichtung einer unternehmenseigenen Kindertagesstätte (Elterninitiative bei der Firma Schott, Kita der Coface-Versicherungs AG – Eröffnung geplant Herbst 2010, Kinderkrippe der Universitätsmedizin – Eröffnung geplant Mai 2010, Kita der Universität, MPIs und Fachhochschule jenseits der Koblenzer Straße – Eröffnung geplant voraussichtlich Herbst 2011)
- Beratung der Personal- oder Sozialabteilung des Unternehmens für interessierte Eltern zur individuellen Unterstützung bei der Suche von Betreuungsangeboten für Kinder in Notfällen, Babysitterdienste, Ferienprogramme (Beispiele: Firma Schott, Stadtwerke)
- die Angebote von Belegplätzen für Notfälle, wenn kurzfristig die Betreuung ausfällt, die von Firmen/Behörden bezahlt werden, wie in der Einrichtung des Familien Service PME in der Altstadt in den Räumen der ev. Altmünstergemeinde
- die Kooperation von Unternehmen mit privaten Vermittlungsstellen für Tagespflegepersonen, die von Betriebsangehörigen genutzt werden können
- die Vereinbarung von Belegplätzen in bestehenden Kindertagesstätten (Beispiel der SWR hat mit der Stadt Mainz 2001 eine entsprechende Vereinbarung geschlossen)
- Belegrechte in verschiedenen bestehenden Kindertagesstätten, die nach entsprechenden Verträgen in städtischer Trägerschaft geführt werden (Beispiele: Kita Auf dem ZDF-Gelände, Kita Auf dem Universitätsgelände, Kita Zahlbach für die Beschäftigten der Universitätsmedizin) oder in freier Trägerschaft (Beispiele: Kinderhaus Villa Nees mit dem Träger „Freunde der Universität“, Haus Posselmann für Studierende und Bedienstete der Universität, Kinderkrippe der kath. Hochschulgemeinde „Sausewind“)

Bei allen Anfragen informiert die Verwaltung ausführlich über die bestehenden aktuellen Bedingungen zur Einrichtung von Kinderbetreuungsangeboten, gibt jeweils einen Überblick über die Bedarfssituation, die pädagogischen Grundlagenkonzepte und einzuhaltenden Standards bezogen auf die Gebäude sowie die Finanzierungsmodelle.

Die Verwaltung hat zum Weiteren Anfang Dezember 2009 in Abstimmung mit den Mainzer Kammern der Wirtschaft alle Mainzer Unternehmen, die im Handelsregister eingetragen sind, angeschrieben und auf das Förderprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert wird, hingewiesen. In diesem Schreiben wurden ebenso die verschiedenen Ansprechpartner und weitere Informationsquellen zu Kinderbetreuungsfragen genannt.

Leider war die Resonanz auf diese rd. 3.900 Schreiben nur äußerst gering.

Auch das genannte Förderprogramm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ des Bundesministeriums hat in Rheinland-Pfalz nur geringes Interesse gefunden. Der Verwaltung ist in Mainz nur ein Unternehmen bekannt, das prüft einen Antrag nach diesem Programm in aktualisierter Fassung (Antragsphase bis Ende 2010) zu stellen. Hintergrund sind vermutlich die bestehenden Fördermöglichkeiten durch das Kindertagesstättengesetz.

Über die Einrichtung (über-)betrieblicher Kinderbetreuungsplätze und -einrichtungen berichtet die Verwaltung im fachlich zuständigen Jugendhilfeausschuss.

Im Mainzer Bündnis für Familie ist die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, dazu zählt auch die Gestaltung familienfreundlicher Arbeitsstrukturen, zentrales Thema.

Im Mainzer Bündnis für Familie wirken Vertreterinnen und Vertreter von Mainzer Betrieben unterschiedlichster Größe, die Industrie und Handelskammer für Rheinhessen und die Handwerkskammer Rheinhessen, die Wirtschaftsjuvenen Mainz (Rheinhessen), Angehörige der Gewerkschaften sowie Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowohl im Moderationsteam, dem Koordinationskreis als auch im Arbeitskreis Familie und Arbeitswelt kontinuierlich mit.

Der Arbeitskreis Familie und Arbeitswelt hat in Zusammenarbeit mit der Industrie und Handelskammer für Rheinhessen und der Handwerkskammer Rheinhessen eine Umfrage in Mainzer Betrieben durchgeführt. Im Februar/März 2010 wurden rund 1.600 Unternehmen in Mainz angeschrieben und um Rückmeldung bezüglich ihres Interesses an einem Gedankenaustausch zu verschiedenen Maßnahmen familienbewusster Personalpolitik befragt. Mit den Unternehmen, die sich daraufhin zurückgemeldet hatten, ist im Laufe des Frühjahrs 2010 eine Gesprächsrunde geplant.